



Nach jedem Sprecher das Mikro desinfizieren: Ausserordentliche Massnahmen für die ordentliche Maisession.

Bild: Hanspeter Bärtschi

Die Politik wird noch länger von Corona geprägt

Auch in der nächsten Session beschäftigt sich der Kantonsrat mit den Folgen der Pandemie.

Urs Moser

Unabhängig davon, welche längerfristigen wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie noch zu bewältigen sein werden, wird auch die nächste Kantonsratsession im Juni noch einmal stark im Zeichen von Corona stehen. Drei von fünf Aufträge zum Thema hat der Kantonsrat am Mittwoch für dringlich erklärt. Das bedeutet erst einmal Arbeit für die Regierung. Sie muss nun schnell Antworten vorlegen, damit die Vorstösse in der nächsten Session behandelt werden können. «In Ausnahmefällen ist es angebracht, von der Behäbigkeit des üblichen Gesetzgebungsprozesses abzuweichen», wie es Michael Ochsenbein (Luterbach), Präsident der CVP/GLP/EVP-Fraktion ausdrückte.

Die Zeit drängt, das heisst noch nicht, man ist sich einig

Ein vordringliches Problem: die Geschäftsmieten. Hierzu liegt ein Auftrag der SP vor, dem der

klagen. Die SP springe hier zwar auf einen fahrenden Zug auf und man erwarte ohnehin nächsten einen entsprechenden Beschluss, meinte SVP-Sprecher Roberto Conti (Bettlach), aber da die Problematik nun einmal per se dringlich sei, mochte auch er den Genossen den kleinen Erfolg gönnen.

Für eine dringliche Behandlung votieren heisst aber nicht zwingend, mit einer Forderung auch inhaltlich einverstanden zu sein. Nicht unbedingt einverstanden war zum Beispiel Anna Engeler (Grüne, Olten) mit dem Anliegen, das von der FDP eingebracht wurde: Unternehmen soll es erlaubt werden, in ihren Jahresrechnungen 2019 eine steuerlich abzugsfähige Rückstellung für die Folgen der Coronapandemie vorzunehmen. In der SP war man ebenfalls skeptisch, und gegen die rückwirkende Bildung von ausserordentlichen Rückstellungen hat sich

auch die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren ausgesprochen. Aber da die zeitliche Problematik zur Klärung der Frage offensichtlich ist, erreichte auch dieser Auftrag das nötige Quorum für eine dringliche Behandlung gleich in der nächsten Session.

Jetzt schon vorbereiten auf eine längere Rezession

Auf der anderen Seite gab es unabhängig von der inhaltlichen Beurteilung auch Zweifel, ob andere Aufträge allein wegen des Zusammenhangs mit der aktuellen Pandemielage als dringlich einzustufen sind. Namentlich bei jenem von CVP-Präsidentin Sandra Kolly (Neuendorf): Sie will den Regierungsrat mit der Ausarbeitung eines Massnahmenkatalogs beauftragen, wie die langfristigen Folgen einer durch die Coronapandemie ausgelösten Rezession abgedeckt werden sollen. Die langfristigen Folgen seien zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht abzuschätzen. Da sei es auch nicht angebracht,

oder Betreuungseinrichtungen, sondern zum Beispiel auch jene für temporäre Personalaufstockungen in der Verwaltung, um die entsprechenden Gesuche zu bearbeiten. Das schaffe ein transparentes Sammelgefäss für die Kosten ohne den Vorschlag und die einzelnen Globalbudgets zu tangieren, für die der Kantonsrat dann Zusatz- und Nachtragskredite bewilligen müsse, warb Scheuermeyer für seine Idee. Er erreichte aber nur 33 von 61 für das Zweidrittelquorum benötigten Stimmen und wurde auf den ordentlichen Weg verwiesen. Das ganze Ausmass des Schadens werde noch lange nicht bekannt sein, da sei es auch nicht angezeigt, sich jetzt im dringlichen Verfahren auf etwas festzulegen, meinte etwa Thomas Marbet (SP, Olten).

Abgeblitzt mit dem Begehren auf dringliche Behandlung ist auch Christof Schauwecker (Grüne, Solothurn). Sein Auftrag verlangt, dass sich der Regierungsrat beim Bundesrat für die Aufnahme eines Kontingents an

Kantonsrat die Dringlichkeit ohne Gegenstimmen zugestanden hat. Denn es herrscht auch inhaltlich Einigkeit, und der Regierungsrat hat sich des Themas auch bereits angenommen. Unabhängig vom weiteren Verlauf der Diskussion auf Bundesebene soll im Kanton ein sogenanntes Drittelsmodell etabliert werden: Wird einem vom Lockdown schwer betroffenen Mieter vom Eigentümer ein Drittel der Miete erlassen, übernimmt der Staat einen weiteren Drittel. Der Mieter hat also nur einen Drittel zu bezahlen und der Vermieter nur einen Drittel Mietausfall zu be-

«In Ausnahmefällen ist es angebracht, von der Behäbigkeit des üblichen Gesetzgebungsprozesses abzuweichen.»

Michael Ochsenbein
CVP, Luterbach

vom Regierungsrat innert weniger Wochen einen Plan zu verlangen, wie er darauf reagieren will, hiess es dazu. Nichtsdestotrotz wurde aber auch dieser Auftrag von einer Mehrheit als dringlich eingestuft.

Dieses Glück war dagegen FDP-Kantonsrat Christian Scheuermeyer (Deitingen) nicht vergönnt, der einen 85-Millionen-Fonds einrichten will, aus dem sämtliche finanziellen Folgen der Pandemie für den Kanton gedeckt werden. Das heisst nicht nur die Kosten der Überbrückungshilfen für Selbstständigerwerbende, Kulturbetriebe

Menschen aus Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln einsetzt und der Kanton Solothurn bei der Unterbringung Handbieten soll.

Für dringlich erklärt hat der Kantonsrat dafür einen weiteren fraktionsübertragenden Auftrag, der nichts mit der Coronakrise zu tun hat: An einem runden Tisch wurden Lösungen für einen verbesserten Lärmschutz beim Ausbau der A1 im Gäu ausgearbeitet. Der Regierungsrat soll nun in Bern dafür kämpfen, dass der Bund die vollen Kosten dafür übernimmt.